

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von U. Brep. Druck von E. L. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3. Fernsprechanschlüsse 2 28 41 und 2 28 42.

### Zum Lohnabbau in der chemischen Industrie.

II.

Auf der See, wenn Gefahr des Schiffbruches eintritt, wirft man die Waren über Bord, die Menschen zu retten, man wirft aber nie Menschen über Bord, die Waren zu retten.

Briefe aus Paris von Ludwig Börne.

Das heißt, auf unsere heutigen Verhältnisse angewendet: „Werft nicht Menschen über Bord, um euren Reichtum zu retten, sondern werft euren Reichtum unter die Menschen, um diese zu retten!“ Und vielleicht darf man hinzufügen, auch um die Ehre und um euer eigenes Menschentum zu retten, handelt nicht wie ein schmutziger Filz und nehmst den Hungernden nicht das Letzte, damit euer Überfluß sich mehre.

Aber ihr braucht ja euren Reichtum nicht unter die Menschen zu werfen, ihr dürft ihn behalten, ihr dürft euch nackt darin wälzen, um eure höchsten Lustgefühle auszulösen. Ihr braucht bloß auf den Lohnraub an eurer Arbeiterschaft zu verzichten und mit dem zufrieden zu sein, was ihr im Überfluß habt.

Sagt einmal, ihr Diktatoren, wo habt ihr euren Reichtum her? Habt ihr dafür Gesundheit und Leben geopfert, oder andere?

#### Wollt ihr die lächerliche Behauptung aufstellen, aus dem Lohnraub eure Betriebe finanzieren zu wollen?

Ihr habt ja schon zuviel Kapital. Wie oft habt ihr es denn schon veräußert, um die Dividenden zu drücken? Oder wollt ihr sagen, ihr seid bei den heutigen Löhnen nicht mehr konkurrenzfähig? Ihr habt bereits ein unantastbares Monopol. Ihr seid nicht niederjuringen. Oder wollt ihr sagen, eure Familien könnten ohne den Lohnraub nicht mehr standesgemäß leben? Dann hört:

Am 23. Januar 1931 waren die sächsischen Industriellen in Chemnitz versammelt. Reichskanzler Brüning sprach auf dieser Tagung. Auch Herr Geheimrat Dr. Klien, Ministerialdirektor im Sächsischen Wirtschaftsministerium, nahm das Wort und sprach, unter anderem folgende bekannte Wahrheit aus:

„Die Industriellenöhne leben nicht mehr so bescheiden wie ihre Väter. Sie entfallen im Gegensatz zu früheren Generationen einen Luxus, der sich nach außen und innen schädlich auswirkt. Das Ausland, das diesen Luxus sieht, wird sich nicht zu einer Herabsetzung der Tributlasten bereit finden, und im Innern ist es unmöglich, den Abbau der sozialen Lasten zu fördern, solange nicht der Luxus abgebaut wird.“

Was Dr. Klien sagt, ist vollkommen richtig. Was muß unseren Unternehmern unter die Nase gehalten werden, wenn sie sich einbilden, sie könnten die vom Lohn der Arbeiter abgebauten Mittel auch noch verbrauchen.

Aber vielleicht sind die Chemieunternehmer zu sehr von Soziallasten bedrückt? Das Gegenteil ist der Fall. Angesichts der Gefahrenquellen für Leben und Gesundheit der Arbeiter und mit Rücksicht auf die finanziellen Erträge der Chemie müßten sie noch mehr aufbringen.

#### Auf welchem Teilgebiet ihres Finanzwesens liden den nun die Chemieindustriellen Not?

Auf keinem. Aber sie wollen den Lohnabbau brocken haben, nach dem ihre Berufskollegen jagen. Abriegen ist es nicht dasselbe, ob ein kleiner Krater sich am Lohne seiner Arbeiter schadlos zu halten sucht, oder ob eine geldstrotzende Milliardenfirma das gleiche tut. Im zweiten Falle wird der bei den Arbeitern ausgelöste Groll tiefer, nachhaltiger. Habt ihr daran noch nicht gedacht, ihr Abbauwütigen, die ihr um Pfennige schwachert oder auch um Bruchteile eines Pfennigs, obwohl ihr es gar nicht nötig hättet?

Aber euch darf man ja nicht mit moralischen Floskeln kommen, ihr seid ja viel zu sachlich, sachlich bis zur Erbarmungslosigkeit. Also nehmen wir die rein sachlichen Waffen.

Da stellen wir an die Chemieindustriellen einmal die höchst zeitgemäße Frage:

#### Wie steht es mit dem längst fälligen Preisabbau, insbesondere der Markenartikel?

Mit unerhörten Preisen steht die Jgtag an erster Stelle. Die Zahl der Markenartikel wird immer größer. Und um wirklich Apothekerpreise hereinzubringen, freibt man den Drogisten immer mehr Präparate ab, die nur nach Pharmazie riechen, um den Apotheken das alleinige Verkaufsrecht zu sichern. An der Spitze steht ja wohl das Salvarsan als „teures“ Medikament für die Leidenden. Der Herstellungspreis für ein Kilogramm Salvarsan ist 200 (zweihundert) Mk., die Apotheken zahlen 8000 Mk. und „müssen“ es verkaufen zu 16.000 Mk. Vielleicht will uns die Chemie erzählen, sie wolle nur Lohnabbau zum Zwecke des Preisabbaues. Ein Gelächter müßte die Antwort sein. Daß die Preise nicht heruntergehen, dafür sorgen schon die Kartelle.

Die Riechstoffabteilung der Jgtag ist an drei, die Chemikalienabteilung an 17 und die pharmazeutische Abteilung sogar an 33 Kartellen beteiligt, damit die Medikamente nicht billig werden. Auf allen Gebieten der chemischen Industrie bestehen Bindungen über Preise, Absatzmengen und Absatzgebiete. Bei alledem kommt man mit Staunen immer wieder zu der Frage:

#### Mit welcher Begründung wollen eigentlich die Chemieindustriellen den Lohn abbauen?

Etwas gar mit dem Hinweis auf die finanziellen Jahresergebnisse? Das ist unmöglich. Insbesondere bei der Jgtag sind die Ergebnisse seit Jahrzehnten überhaupt nur günstig, die Gewinne von Jahr zu Jahr gestiegen. Woher gerade dieser Trutz den Mut zum Lohnabbau nimmt, ist einfach rätselhaft. Und selbst wenn einmal vorübergehend die Produktion zurückgeht, hat dieses Riesenunternehmen mit seinen Riesengewinnen kein Recht, einen Lohnabbau zu fordern.

#### Wenn die Chemieindustrie den Lohn abbaut, dann wollen wir in Zukunft die Gerechtigkeit Heuchelei nennen.

Die Jgtag hat in den letzten zwei Jahren Tausende von Arbeitern abgebaut; allein von 1928 bis 1929, also in einem Jahre, insgesamt 23.000 Arbeiter. Die Gesamtlohnsumme ist schon dadurch erheblich gesunken, aber nicht der Gewinn. Die Jgtag hat ihre Gewinne für die letzten drei Jahre wie folgt ausgewiesen:

	1927	1928	1929
	Mill. Mk.	Mill. Mk.	Mill. Mk.
Rohgewinn . . . . .	224,3	257,1	256,5
Reingewinn . . . . .	103,2	118,0	110,1
Aufsichtsratskontiemen . . . . .	3,1	3,2	3,2
Dividende . . . . .	12	12	14

Womit will denn nun die Jgtag ihr Elend begründen? Etwas damit, daß sie im Jahre 1928 an nicht abgehobenen Dividenden 614.040,19 Mk. ausweist, dagegen im Jahre 1929 nur 269.165,14 Mk. Oder damit, daß etwa 200 Aktionäre nur rund 100 Millionen Mark pro Jahr zu verteilen haben? Freilich, das ergibt pro Aktionär und Jahr nur einen Verdienst von durchschnittlich 500.000 Mk. Das ist der Betrag, den bei der Jgtag auch die Direktoren als Jahreslohn erhalten.

Daß der Reservefonds nur 200 Millionen Mark aufweist, kann auch nicht als Not geltend gemacht werden. Und wie ist es mit den Aufsichtsräten?

#### Jedes Aufsichtsratsmitglied erhält pro Jahr 65.000 Mk.

Diesen Betrag erhalten die Aufsichtsratsmitglieder neben ihren Dividenden und neben ihren sonstigen Bezügen, die auf 5 Mk. (Handelsunkosten) gebucht werden.

Wenn nun schon abgebaut werden soll, warum nicht bei den Aktionären, Aufsichtsräten und Direktoren? Muß jeder dieser Herren 150- bis 200mal so viel und noch mehr verbrauchen als ein Schwerarbeiter? Wofür erhält z. B. ein Aufsichtsrat seine Kontiemen? Etwas für eine bestimmte „strengende Tätigkeit“? Nein.

#### Der Aufsichtsrat erhält seine Kontiemen für nichts.

Drei- oder viermal im Jahr kommen die Aufsichtsratsmitglieder zusammen, um sich zu begrüßen oder sonstwie gemächlich zusammen zu sein. Sie sind gar nicht imstande, eine Kontrollfähigkeit auszuüben oder in einem solchen Unternehmen auch nur eine Stichprobe von Wert zu machen. Außerdem: es gibt auch Herren mit 50, 60 und 100 Aufsichtsratsposten. Wie soll denn solch ein Mensch die Aufsicht ausüben in einer solchen Zahl von Unternehmungen?

Wir wollten nur nachweisen, daß die Aufsichtsräte ihre Kontiemen geschenkt bekommen ohne Gegenleistung. Und dafür soll der Lohn abgebaut werden?

Nun könnte man ja annehmen, die kleineren Firmen der chemischen Industrie drängen auf Lohnabbau. Das ist aber nicht der Fall. Im Gegenteil. Wenn wir es wagen könnten, kleine Firmen der Rache der großen preiszugeben, könnten wir nachweisen, daß gerade diese kleinen Unternehmungen vom Lohnabbau Abstand nehmen möchten. Also,

#### Die großen Millionen- und Milliardenfirmen der Chemie sind es, die den Lohnabbau wollen und die auch die kleinen Firmen dazu zwingen.

Gerade die Firmen also, die im Gelde schwimmen, können nicht genug bekommen und möchten am liebsten auch noch den gesamten Lohn in ihre großen Taschen stecken. Ohne Not; wie wiederum die Jgtag beweist. Sie schreibt über die Inbetriebnahme der neuen erweiterten und umgebauten Anlagen in Norwegen:

„Die durch die neuen Einrichtungen erzielten Ergebnisse sind günstig . . . sowohl vom Gesichtspunkt der Produktionssteigerung als von dem der Kostenverminderung.“

Das hier Gesagte gilt selbstverständlich auch für Deutschland. Auch hier wurde rationalisiert zum Zwecke der Produktionssteigerung. Auch hier wurden Arbeiter entlassen zum Zwecke der Kostenverminderung. Welche Logik führt hier noch zum Lohnabbau?

#### Das Kapital der chemischen Industrie ist seit 1925 von 1100 Millionen Mark auf 3380 Millionen Mark gestiegen. Die Zahl der dividendenlosen Gesellschaften ist in der gleichen Zeit beinahe vollständig zurückgegangen.

Was bringt denn nun der Lohnabbau den Chemieindustriellen? Der Lohnanteil an den Produktionskosten dürfte in der chemischen Industrie keine 10 Prozent betragen, wie der Enqueteausschuß im Vorjahr festgestellt hat. Nehmen wir einmal 10 Prozent als gegeben an. Von diesen 10 Prozent sollen nun 6 Prozent abgebaut werden, das ergibt 0,6 Prozent der Produktionskosten überhaupt. Also zu je 100 Mark Produktionskosten soll der Arbeiter 50 Pf. beisteuern durch Verzicht auf einen Teil seines Lohnes. Das ergibt bei 100 Millionen Mark erst den verhältnismäßig lächerlichen Betrag von 500.000 Mark. Die Arbeiterschaft hat auch die Produktionskosten nicht veräußert. Aber

#### Die Chemieindustriellen und ihre Berufsgeoffenen verteuern durch ihre Kartell- und Trutzpolitik Rohstoffe und Fertigwaren und wollen dafür noch ein Extrageschenk vom Lohn haben.

Die Chemieindustriellen wie das Unternehmertum überhaupt überschätzen sowohl ihre Macht wie auch die feilsche Tragfähigkeit der Arbeiterschaft. Jeder überpannte Bogen reißt einmal. Und wenn er reißt? Schlußfolgerst selbst!

#### Preislenkung oder Lohnsenkung?

Von Willi Bauer (Eilfa).

Der Verein für soziale Aufklärung, Dresden-L., Schriftleiter E. Wiehner (Freital), gibt regelmäßig eine interessante Aufklärungsschrift in Form eines Flugblattes heraus, die den freigewerkschaftlichen Betriebsräten durch die Post frei ins Haus geliefert wird.

Es soll dazu dienen, die Betriebsräte im Sinne der Werksgemeinschaft zu beeinflussen, um sich gegen die Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften aufzulehnen.

In einer solchen Aufklärungsschrift (Flugblatt Nr. 101 vom Januar 1931) wird die Frage aufgeworfen, ob bei der jetzigen Wirtschaftskrise zuerst die Löhne oder die Preise zu senken seien, um eine Konjunktur zu beleben.

Aus dem gesamten Inhalt ist zu entnehmen, daß auch hier der Unternehmerstandpunkt vertreten wird, eine Preislenkung nütze nichts, da sie die Rentabilität der Unternehmungen nicht steigere und keinen Anreiz für einen Konjunkturaufschwung schaffe.

Das Schwergewicht ist auf den hohen Lohnanteil der Gesellschaftskosten gelegt. Es wird behauptet, daß derselbe 70 bis 80 Prozent betrage und deshalb so auf die Warenpreise drücke. Würden die Lohnkosten vermindert werden, so würde auch eine Senkung der Selbstkosten eintreten können und eine Preisherabsetzung nach sich ziehen.

Ergreifend ist die Klage, daß der Unternehmer heute nichts oder nur ganz wenig verdient, so daß nur eine vorübergehende Lohnsenkung eine allmähliche Preislenkung ermöglichen

könne. Die Unternehmer müßten ihre Betriebe schließen, wenn ein Preisabbau eintreten sollte.

Auf Grund der hohen Gesehungskosten, insbesondere durch die hohen Löhne, müsse also eine Lohnsenkung einem Preisabbau vorausgehen, der Konsument erhält dann für weniger Geld die gleiche Warenmenge. Die Folge davon wäre, daß durch die erhöhte Konkurrenzfähigkeit der Betriebe wieder mehr produziert wird und infolgedessen neue Arbeiter eingestellt werden könnten und damit auch das Arbeitslosenproblem gelöst wäre.

Durch die Verkoppelung des Preisabbaues mit einer Lohnsenkung, die völlig unbegründet ist, wird eine große Unklarheit in dieses Problem hineingetragen, denn diese Ver-

bindung hat eine Senkung der Lebenshaltungskosten des Arbeiters als Ziel.

Nur eine Preissenkung kann zur Einstellung neuer Arbeitskräfte führen, indem sie Kaufkraft freisetzt und dadurch die Produktionssteigerung ermöglicht, sie ist ein Mittel für eine Belebung der Wirtschaft, falls sie geeignet ist, den daniederliegenden Absatz zu erweitern.

Da der Hauptgrund der Absatzkrise in der Konsumgüterindustrie liegt, so kann nur eine Preissenkung zum Ziele führen, welche die Belebung dieser Industriezweige ermöglicht, hierdurch auch für die Produktionsmittelindustrien Aufträge und Arbeit schafft. In Einklang zu bringen ist hiermit die Arbeitszeitverkürzung, denn ohne diesen Faktor ist eine Aufsaugung des Arbeitsüberschusses unmöglich.

Man argumentiert damit, daß die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt bei sinkenden Löhnen und Erhöhung der Kapitalbildung durch Steigerung der Unternehmergewinne beim Lohnabbau zunehmen werde. Zu diesem Zweck wäre es erforderlich, die Löhne stärker und schneller zu senken als die Preise. Dieses ist nicht erwünscht und erforderlich, da die deutsche Ausfuhr trotz der großen Krise erstaunlich widerstandsfähig ist.

Zur Steigerung der Kapitalbildung wäre die Lohnsenkung ein falscher Weg. Infolge der Produktionseinschränkung, die die Folge der verminderten Massenkaufkraft ist, kann die Kapitalbildung nicht gesteigert werden, denn das Fehlen der Kaufkraft würde selbst bei Preissenkungen den inländischen Absatz drücken. Was auf der einen Seite durch Lohnersparnis erzielt würde, würde auf der anderen Seite durch verminderten Absatz aufgehoben werden.

Die Unternehmer berufen sich immer auf die hohen Selbstkosten, wenn sie zu Preissenkungen gedrängt werden, sie sind nicht zugänglich dafür, in der Krise auch einen Verlust zu tragen, der aber auf der anderen Seite wieder durch vergrößerten Absatz eingeholt werden könnte.

Solange die Produktion eingeschnürt wird, müssen die Selbstkosten hoch sein; kann sie aber durch Preisabbau erweitert werden, so würden die Selbstkosten fallen. Bei vergrößertem Absatz wäre der Verlust bald aufgeholt.

Die Rationalisierung hat eine so große Erweiterung der Leistungsfähigkeit mit sich gebracht, daß verschiedene Anlagen selbst in der Konjunktur nicht voll ausgenutzt werden konnten, daneben ungeheure Gewinne erzielt, mit denen sie immer weiter ausbauten. Hierdurch würden große Kapitalien fehlgeleitet. Wie berechnet man jetzt die Selbstkosten? Sie legen ihre kostspieligen Anlagen zugrunde und kalkulieren in den Warenpreisen einen hohen Prozentsatz für die Abschreibung ein. Da die Anlagen aus laufenden Gewinnen gebaut sind, ist die Abschreibung hierfür ganz unberechtigt. Je größer die Abschreibungen waren, um so größer sind die abgeschriebenen Beträge; diese sind es, welche den Preisabbau verhindern.

Infolge ihrer Weigerung, die Produktion durch Preisabbau zu erweitern, dürfen die Unternehmer nicht klagen über zu hohe Selbstkosten, Steuern, Soziallasten usw., obwohl dieselben durch die Rationalisierung anteilmäßig gemindert sind. Sie sind nicht bereit, die Preise zu senken. Werden die Löhne in einem Industriezweig bei 20 Prozent Lohnanteil um 8 Prozent gesenkt, so wollen sie die Preise um 2 Prozent senken, obwohl die Rohstoffe infolge Lohnkürzung in der Vorproduktion oder infolge der abgestürzten Auslandspreise günstig eingekauft werden. Von einem Lohnanteil von 80 Prozent an den Herstellungskosten kann keine Rede sein, wo bliebe denn da der Gewinn, wenn Löhne und Rohstoffe 100 Prozent der Herstellungskosten ausmachen? Die Geschäftsberichte der Unternehmungen reden eine deutliche Sprache (von 15 bis 20 Prozent Dividende).

Für die Arbeiterschaft bedeutet eine solche allgemeine Preissenkung, die nur der Lohnsenkung entspricht, einen großen Verlust. Sie muß ihre Lohnsenkung selbst tragen, während an der Preissenkung auch andere Schichten teilhaben. Sie kann, wenn Lohn- und Preissenkung in gleicher Höhe vorgenommen werden, nicht soviel wie früher kaufen.

Soll der Absatz gehoben werden, so soll man nicht anfangen mit einer Lohnsenkung, sondern, wenn auch zunächst unter kleinen Einbußen, einen Preisabbau vornehmen, der die Kaufkraft so gestaltet, daß der Arbeiter die Möglichkeit hat, seinen Bedarf zu befriedigen.

Betriebsräte, seid auf der Hut, das Maß der Opfer ist voll, so daß man der Arbeiterschaft nicht noch größere anferlegen kann! Der Scheitern des erwähnten Fingerringes fordert auf, weitere Lasten auf ihre Schultern zu laden. Laßt euch nicht von den klagenden Unternehmern solche Theorien einreden! Nur der organisatorische Zusammenschluß der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften kann eine weitere Herabsetzung des Existenzminimums verhindern.

### Eine kommunistische Lohnbewegung.

Der „Klassenkampf“, Nr. 33 vom 14. Februar 1931, das kommunistische Organ für den Bezirk Halle-Merseburg brachte einen Bericht über den von der KPD im Stickstoffwerk Pieferitz geführten Streik. Das Blatt schreibt:

„Heute vor einer Woche war es, als in Pieferitz eine Gruppe entlassener revolutionärer Arbeiter aus dem Stickstoffwerk den Kampf für den Streik führte. Der Streik brach am 12. Februar. Die Redaktion des „Proletariats“ (Kommunistische Zeitung) hat es gelang nicht, ihn so zu verbreitern, daß die Streikfront gehalten werden konnte.“

Das heißt auf gut deutsch: die KPD hat wie seit Jahren auch in diesem Falle wieder in der bekannten, hanebüchhen kommunistischen Weise eine Gruppe Arbeiter auf die Straße geholt, um sie dann ihrem Schicksal, d. h. dem Elend zu überlassen. Der Streik ist wieder einmal zusammengebrochen. Man muß sich wundern, daß sich trotz der vielen dummer Streiche der KPD immer wieder Arbeiter finden, die sich unter die Fittiche dieser heuchlerischen Partei begeben.

Das kommunistische Blatt ist der Meinung, daß jeder Streik während der Krise eine Schwächung der deutschen Bourgeoisie darstelle. Diese Behauptung verriät eine ganz besondere „Schlauheit“, insbesondere, weil das Blatt einige Zeilen weiter feststellt:

„In einem in Pieferitz und vielen anderen Orten, wo die Schwerkraft der Gewerkschaften der I.G. Metallarbeiter, wurden die Streikmaßnahmen ergriffen.“

Man muß also schon annehmen, die KPD wolle den Unternehmern die Arbeit der Entlassung abnehmen, sonst könnte sie doch nicht auf die Idee verfallen, einen Streik einzuleiten, von dem die Arbeiterschaft nichts weiß. Das war tatsächlich der Fall, wie der „Klassenkampf“ selbst nachweist:

„Am richtigsten wäre es selbstverständlich gewesen, wenn bereits am Donnerstag der vorbereitende Kampfausschuss gewählt worden wäre und eine konkrete Aufgabenstellung erhalten hätte. Dazu hätte vor allen Dingen die Mobilisierung der Wohnorte der Stickstoffarbeiter gehört. Die Tatsache, daß noch am Sonntagvormittag in den Wohnorten wie Roswig, Annaburg, Jessen usw. nichts über die Tatsache des Streikbeschlusses bekannt war, ist eine ernste Mahnung, den zweiten Stickstoffstreik sorgfältiger und gründlicher vorzubereiten.“

Abgesehen davon, daß man Orte nicht mobilisieren kann, bringt das kommunistische Blatt den einwandfreien Nachweis, mit welcher Lieberlichkeit die KPD, glaubt Lohnbewegungen bzw. Streiks einzuleiten zu können. Sie macht Streiks, ohne daß die Arbeiterschaft etwas davon weiß. Der KPD ist schließlich auch nicht die Lohnbewegung die Hauptsache, nicht der Erfolg, sondern der Streik überhaupt.

Die ganze Lumperei einer sogenannten Lohnbewegung geht aus den folgenden Darlegungen des „Klassenkampfes“ hervor:

„Im Stickstoffstreik (soll wahrscheinlich heißen Stickstoffarbeiterstreik. Die Red. des „Proletariats“) konnten wir erleben, daß in Wittenberg und Pieferitz die Erwerbslosen am Sonntag nicht mehr mobilisiert werden konnten — — — Waren am Montag früh solche Massenstreikposten vor dem Werk gewesen wie am Mittag, so wäre der Streik bestimmt ausgebrochen.“

### RGO.-Lc. te,

die nicht nach gewerkschaftlichen Grundsätzen, sondern nach Moskauer Anweisungen handeln, die die Gewerkschaften spalten und zertrümmern wollen, anstatt diesen unbedingt notwendigen Rückhalt für jede Betriebsvertretung zu stärken und auszubauen, die über die wichtigsten Angelegenheiten der Arbeiterschaft eines Betriebes, über Lohn- und Tariffbewegungen, die schmarozhenden Unorganisierten und gänzlich Betriebsfremde mitentscheiden lassen wollen, gehören nicht in den Betriebsrat.

### Nationalsozialisten,

die die Gewerkschaften für den Judaslohn der Unternehmer zerschlagen wollen, die die Betriebsräte für eine unnötige Einrichtung, für eine Belastung der Wirtschaft erklären, die die Arbeiterschaft zu einer von Unternehmern und Aristokraten beherrschten Sklavenschaft erniedrigen wollen, die heute schon täglich mit Pulver und Blei, mit Dolch und Schlagring gegen Arbeiter und Gewerkschafter toben,

### gehören nicht in den Betriebsrat!

In die Betriebsvertretungen darfst du nur die fähigsten, geschicktesten Kollegen und Kolleginnen, die überzeugtesten, freiesten Gewerkschafter schicken. Nur gute Gewerkschafter sind auch gute Betriebsräte. Die Namen der Kollegen und Kolleginnen, die du in deine Betriebsvertretung wählen mußt, stehen auf der Vorschlagsliste deiner Organisation!

Jawohl, dort wo die KPD. imstande ist, die Arbeiterschaft mit Gewalt — und sei es mit Knüttel und Schlagring — vom Betriebe fernzuhalten, dort bricht der Streik „bestimmt“ aus. Der Knüttel kann ja nicht klüger sein als seine KPD.-Führer.

Wiel nun die hervorragendste geistige Waffe der KPD., der Knüttel, nicht in Funktion treten konnte, mußte selbstverständlich der schöne Streik zusammenbrechen, wie alle Streiks der KPD. Hierüber heißt es im „Klassenkampf“:

„Als der Streik abgebrochen werden mußte, weigerten sich viele Genossen, trotzdem die Möglichkeit bestand, wieder in den Betrieb hineinzugehen. Das ist „Herzlosigkeit der Feigheit“. Das ist ein Anzeichen vor der Fortsetzung eines schwierigen Kampfes. Wir müssen diese Stimmungen bekämpfen.“

Wenn schon von Feigheit geredet werden soll, dann wollen wir sagen: Es ist Feigheit der Arbeiter, wenn sie nicht den Mut haben, diese leichtsinnigen KPD.-Burschen zum Teufel zu jagen, die die Arbeiterschaft ins Elend treiben, um sie hernach Feiglinge zu schimpfen, wenn sie empört sind über die Ihnen von den KPD.-Sendlingen zuteil gewordene Behandlung.

In wunderbarer Unschuld schreibt dann der „Klassenkampf“-Mensch:

„Der erste Stickstoffarbeiterstreik war eine Durchbruchschlacht, der zweite steht alle Tage auf der Tagesordnung. Massenentlassungen werden kommen — — —“

Trotz alledem fordert dieser Phrasendrescher den zweiten Streik. Wer ist nun dummer: der Durchbruchschlachtleiter, der solchen Unfug schreibt, oder die Arbeiter, die einem solchen Menschen Gehorsam leisten?

### Kommunistischer Arbeitererrat.

Im preussischen Haushaltsausschuß ereignete sich am 18. Februar bei den Abstimmungen zum Justizetat ein Zwischenfall, der zeigt, mit welcher Leichtfertigkeit die Kommunisten die von der Arbeiterklasse im jahrzehntelangen Kampfe eroberten und festgehaltenen Positionen preisgeben. Zur Abstimmung stand ein Antrag der Wirtschaftspartei, der die Zulassung der Rechtsanwälte bei den Arbeitsgerichten verlangt. Derartige Anträge pflegten von bürgerlicher Seite auch in früheren Jahren regelmäßig gestellt, aber von einer Mehrheit des Landtages ebenso regelmäßig abgelehnt zu werden. In diesem Jahr fand der Antrag zur allgemeinen Überraschung eine Mehrheit, denn die Kommunisten stimmten für die Zulassung der Rechtsanwälte.

Nach dem Willen der Kommunisten wird es also künftig so sein, daß den Arbeitern vor dem Arbeitsgericht die mit allen Wassern gewaschenen Advokaten der Unternehmer entgegenzutreten, den Prozeß in die Länge ziehen, mit juristischen Kniffen den Arbeiter ermüden, Sündlos oft vertragen lassen, bis der Arbeiter zermüdet ist. Verliert der Arbeiter infolge der juristischen Überlegenheit des Unternehmeradvokaten den Prozeß, so darf er künftig auch noch die Kosten für den Rechtsanwalt des Unternehmers aufbringen. Alles nach dem Willen der kommunistischen „Arbeitervertreter“. Bisher war der Arbeiter, der sich durch seine Organisation kostenlos vertreten lassen konnte, vor Gericht nicht schlechter gestellt als der Unternehmer. Der Haß der Kommunisten gegen die „Gewerkschaftsbözen“ droht jetzt diesen Zustand zuungunsten der Arbeiter zu beenden.

Im Plenum des Preussischen Landtages wird die Sozialdemokratie bei der Entscheidung über diesen Antrag der Wirtschaftspartei namentliche Abstimmung verlangen. Es soll den kommunistischen Unternehmer- und Rechtsanwaltsfreunden nicht erspart bleiben, vor der Arbeiterschaft persönlich Farbe zu bekennen.

### Was kostet die Bürokratie der Unternehmerverbände?

Zuweilen begegnet man in der Öffentlichkeit Mutmaßungen über die Verwaltungskosten der Gewerkschaften. Naturgemäß geschieht dies in der Absicht, die Gewerkschaften in dem Ansehen ihrer Mitglieder herunterzusetzen und ihre Werbefähigkeit zu verringern. Mänschenfill ist aber die Unternehmerpresse über die ungeheuren Verwaltungsausgaben, die die große Zahl der Unternehmerverbände verursacht. Bei der Gegenüberstellung der Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden muß noch berücksichtigt werden, daß erstere seit der Vorkriegszeit einen Wandel nach der Richtung, gleichartige Interessen zusammenzufassen, durchgemacht haben. Die Zahl der Gewerkschaftsverbände wurde um die Hälfte verringert, wodurch die innere Organisation der Gewerkschaften wesentlich vereinfacht wurde. Bei den Unternehmerverbänden ist die Mehrzahl erst im und nach dem Kriege entstanden, wie überhaupt das Organisationswesen der Unternehmer im letzten Jahrzehnt ganz gewaltig ausgebaut wurde. In welchem Maße die Organisationsmacht der Unternehmer wuchs, geht aus folgenden vergleichenden Zahlen hervor. Anfang 1914 bestanden in Deutschland an Unternehmerverbänden 121 Reichsverbände und 509 Landes- und Bezirksverbände. Dagegen 1930 1478 Reichsverbände, 1559 angeschlossene Bezirksverbände und 598 selbständig berichtende Landesverbände. Die Zahl der Reichsverbände hat sich mithin in den 16 Jahren verzehnfacht und die Zahl der Landes- und Bezirksverbände mehr als vervierfacht. Die Ortsverbände werden vom Statistischen Reichsamt nicht mehr gezählt. Vor dem Kriege bestanden 3040 Ortsverbände. Jetzt wird ihre Zahl ebenfalls angewachsen sein. Hat doch allein die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände 2900 Ortsverbände, also genau soviel, wie 1914 in dem gesamten Organisationsbereich der Unternehmerverbände vorhanden waren. Zu den obigen Verbänden muß man die Verbände der Kartelle und Syndikate, die Industrie- und Handelskammern und andere Vereinigungen, die durch das Statistische Reichsamt nicht erfasst und im Jahrbuch der Berufsverbände nicht aufgeführt wurden, hinzurechnen. Vor einigen Jahren schätzte man die Zahl der kartellartigen Gebilde auf 2500 bis 3000. Diese Zahlen reden eine sehr deutliche Sprache. Eine schlagfertige, einen großen Kostenaufwand verursachende Bürokratie registriert mehr oder weniger das deutsche Wirtschaftsleben.

An einem Beispiel mag einmal klargestellt werden, welche Kosten Unternehmerverbände verschlingen. Da ist zum Beispiel der Verband Deutscher Schokoladen-Fabrikanten mit dem Sitz in Dresden. Dieser hat nach der Fachzeitung der Schokoladenindustrie „Gordian“ 110 Mitglieder. Als Beitrag für den Verband muß jedes Mitglied für je 100 Kilogramm des im vergangenen Kalenderjahre verpackten und verpackt gekauften Rohkakaos einschließlich Kakaomasse und Kakaobutter 0,35 Mk. zahlen. In der Annahme, daß die Verbandsmitglieder des Verbandes Deutscher Schokoladen-Fabrikanten alljährlich zwischen der Hälfte und drei Fünfteln der in Deutschland eingeführten Rohkakaomengen verarbeitet haben, ergibt sich ein Mitgliederbeitrag im Geschäftsjahr 1929/30 in Höhe von 120 000 bis 160 000 Mk. Um diese Summe könnte das Fertigprodukt verbilligt werden, wenn diese Mitgliederbeiträge nicht geleistet zu werden brauchen und die Produktion dadurch nicht belastet würde. Daneben gehören die Schokoladen-Fabrikanten noch anderen Fachverbänden und den allgemeinen Spitzenverbänden an, so daß eine noch höhere Summe in Rechnung gestellt werden muß. Man kann sich darüber klar sein, daß diese Verbandsbeiträge im Produktionsprozeß einkalkuliert und letzten Endes von den Verbrauchern gezahlt werden müssen.

Gerade bezüglich des angeführten Verbandes ist ein interessanter Vergleich möglich. Als der verstorbene Außenminister Stresemann seine Tätigkeit in der Industrie begann, wurde er Geschäftsführer im Verband Deutscher Schokoladen-Fabrikanten. Aus dem Buche des Freiherrn von Rheinbaben „Stresemann, der Mensch und der Staatsmann“ erfahren wir, daß dieser in seiner ersten Tätigkeit 1901 ein Jahresgehalt von 1000 Mk., zahlbar in vierteljährlichen Raten, bekam. Er bezog also das „fürstliche“ Gehalt von rund 80 Mk. im Monat. Der heutige Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Schokoladen-Fabrikanten bezieht nach dem „Gordian“ ein Jahresgehalt von insgesamt 45 000 Mk. Mithin wird der heutige Geschäftsführer 45mal höher bezahlt als sein Vorgänger vor 30 Jahren. Über das Büro des Herrn Stresemann lesen wir in dem angezogenen Buch u. a. folgendes: „Der Posten des Geschäftsführers war dadurch gekennzeichnet, daß die gesamte Geschäftsführung in einem kleinen Raum untergebracht war, in dem die Würde des leitenden Beamten durch einen Wandschirm betont wurde.“ Heute ist das Büro dieses Verbandes natürlich in einem

repräsentablen Gebäude untergebracht. So haben sich die Verhältnisse geändert.

Wenn man dieses Beispiel zur Unterlage nimmt und es auf die gesamten Organisationen der Unternehmerverbände anwendet, so bekommt man ungefähr einen Überblick, in welcher Schwere die Verbandsbürokratie der Unternehmer die Volkswirtschaft belastet.

Betriebsräte-Konferenz der Feldmühle-AG. und der Koholyt-AG.

Am Sonntag, dem 22. Februar, fand im Gewerkschaftshaus zu Hannover eine Konferenz der Betriebsräte der Feldmühle-AG. und der Koholyt-AG. statt.

In seinem Vortrage über "Die wirtschaftliche Lage in der Papierindustrie" führte Kollege Stähler aus, daß am Schluß des Jahres 1930 in der Papiererzeugungs- und -verarbeitungsindustrie etwa 50 Prozent der Arbeiter vollbeschäftigt und 25 Prozent Kurzarbeiter waren.

Für die Papiererzeugungsindustrie bestehe im Ausland eine starke Konkurrenz, wodurch die Weltproduktionssteigerung infolge Neueröffnung von Betrieben weiter gesteigert würde.

An der Diskussion beteiligten sich 15 Kollegen. Sie erklärten, alles daransetzen zu wollen, um in den Betrieben, wo noch ein ungünstiges Organisationsverhältnis bestehe, ein besseres zu schaffen.

Wegen der Entzweiung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat sowie deren Tätigkeit wies Kollege Alder vom Hauptvorstand darauf hin, daß die gesetzlichen Bestimmungen dringlicher Natur seien.

Die Wissenschaft weiß, daß in den Riesenhöhlen, Grassteppen und Sumpfen der Vorzeit auch Riesentiere hausten, eine viel reichere Tierwelt als heute: Elefanten, Nashorn, Flusspferd, Mammut, der riesenhafte Höhlenbär, Höhlenlöwe, Höhlenstier, Wildschwein, Riesenhirsche, Wisent, Wildpferde in großen Herden.

Die Beweisskraft der prähistorischen Funde.

Daß der Mensch, nach dem alten Griechenvort, von Anfang an schon seiner Natur nach ein gesellschaftliches Wesen war, dafür liefern zahlreiche prähistorische Funde den direkten Beweis.

Die Wissenschaft weiß, daß in den Riesenhöhlen, Grassteppen und Sumpfen der Vorzeit auch Riesentiere hausten, eine viel reichere Tierwelt als heute: Elefanten, Nashorn, Flusspferd, Mammut, der riesenhafte Höhlenbär, Höhlenlöwe, Höhlenstier, Wildschwein, Riesenhirsche, Wisent, Wildpferde in großen Herden.

So fand man in den Taubacher Steinbrüchen bei Weimar die Knochen von Riesenelefanten, Rhinocerosen, Höhlenbären und Höhlenlöwen, von der Höhlenhyäne, vom Hirsch, Reh, Wisent, Wildschwein, Wildpferd, Wolf und Iiber.

Es ist ganz ausgeschlossen, daß ver einzelt lebende primitive Menschen mit Keule und Speiß die Riesentiere ihres Zeitalters überwältigt hätten; die Jagd auf dieses Wild hat vielmehr nur von größeren Gruppen durch gemeinschaftliches Beschleichen, Umstellen, Nieder schlagen oder Löten in der Fanggrube bewirkt werden können.

So war es immer. Bei Solignac in Frankreich fand man am Fuße einer hohen langen Felswand ein so großes Lager zerfallener

Tätigkeit der Betriebsräte im Aufsichtsrat könne nur im engeren Einvernehmen mit den Gewerkschaften als Träger des Betriebsratsystems ausgebaut werden.

Trotz der bescheidenen Position im Aufsichtsrat müsse diese voll und ganz ausgeübt werden, und es dürften nur die Besten unterer Kollegen für solche Posten gewählt werden.

Im Anschluß daran erstatteten die beiden Vertreter in den Aufsichtsräten der Feldmühle-AG. und der Koholyt-AG. ihren Tätigkeitsbericht.

Nationalsozialismus gegen Arbeiterschaft.

Der nationalsozialistische Führer Gottfried Feder schrieb:

"Mitregieren, Mitbestimmen, Mitbesitzen sind marxistische Ideen, die grundsätzlich abgelehnt werden müssen.

Mit anderen Worten heißt das: Wir, die Herren, bestimmen, die Arbeiter haben den Mund zu halten und zu gehorchen.

Zahlstellenleiterkonferenz für Gau 8.

Am 15. Februar 1931 tagte im Gewerkschaftshaus in Jena die Zahlstellenleiterkonferenz Gau 8, S. Erfurt.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung führte der Kollege Köhler ungefähr aus, daß im Jahre 1929 das Verbandsvermögen wesentlich gesteigert werden konnte.

Knochen aus der Urzeit, daß hunderttausend und mehr Wildpferde getötet werden mußten, um jenes Knochenlager zu bilden.

Köhler verbreitet sich dann über den neuesten Zweig unserer Unterstützungsrichtung, die Invalidenunterstützung, und stellt in Aussicht, daß der kommende Verbandstag sich erneut mit dieser Frage beschäftigen müsse.

Kollege Schneider (Erfurt) machte im Anschluß an das Referat des Kollegen Köhler noch einige Ausführungen über die Jahresstatistik des Gau 8.

Im Anschluß daran setzte eine recht ausgiebige, von tiefem Ernst zeugende Diskussion ein.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung besprach Kollege Schneider (Erfurt) besondere Verbandsangelegenheiten.

Mit einem dreifachen Hoch der Konferenzteilnehmer auf den Verband schloß Kollege Schneider 15.30 Uhr die äußerst gut verlaufene Konferenz.

Bericht des Gau 15 über das Jahr 1930.

Die allgemeine Wirtschaftskrise hat auch unser Gebiet stark berührt. Innerhalb unserer Industriegruppen im Gau ist die Zahl der Beschäftigten von 60 018 im Jahre 1929 auf 49 258 im Jahre 1930 gesunken, also weniger 10 762 oder rund 19 Prozent.

Diese Tatsachen hemmen nicht nur den Aufstieg der Mitgliedszahlen, sondern auch die finanzielle Entwicklung.

Auch die Lohnbewegungen mußten im Berichtsjahre ganz anders verlaufen als 1929. Von der Gauleitung wurden 8 Lohnbewegungen für 230 Betriebe mit 8865 Beschäftigten mit Erfolg durchgeführt.

Im Bezirk Oldenburg-Offriesland ist es gelungen, an einigen Orten der Organisation Eingang zu verschaffen.

Die Tarifverträge werden in diesem Bezirk betrachtet sich immer noch als Alleinherrscher auf dem Arbeitsmarkt.

Die Wissenschaft weiß, daß in den Riesenhöhlen, Grassteppen und Sumpfen der Vorzeit auch Riesentiere hausten, eine viel reichere Tierwelt als heute: Elefanten, Nashorn, Flusspferd, Mammut, der riesenhafte Höhlenbär, Höhlenlöwe, Höhlenstier, Wildschwein, Riesenhirsche, Wisent, Wildpferde in großen Herden.

und Hornwerkzeugen mit der Zeit an und entwerfen nun uns heutigen ein ziemlich genaues Bild von dem Leben und Treiben dieser alten Bevölkerung.

Die Tatsache aber, daß jene Reste sich zu gewaltigen Wällen und Hügel türmen konnten, beweist wiederum, daß sich auch hier ganze Ansiedlungen, Menschen in größeren Gemeinschaften, befanden.

Man mag in den Auffassungen über die Einzelheiten ihres Lebens noch so voneinander abweichen, auf eines kommt man immer wieder zurück, nämlich darauf, daß man sich ihr Leben von Anfang an als gesellschaftlich e Handlungen vorstellen muß.

Die Darstellung von ursprünglichen Wesen als Einzelmenschen findet sich auch bei Ferdinand Lassalle.

Jene alte Auffassung von einer Entwicklung als Einzelmenschen konnte sich erhalten, solange noch die Gebräuche und Sitten der heutigen tiefschichtenden Naturvölker wenig bekannt waren.

Aus dem bisher Dargelegten ergibt sich wohl schon, wie wenig die bisweilen gebrauchte bürgerliche Lebensart, das Sozialismus nicht mit der menschlichen Natur vereinbar ist.

Einer der besten alten sozialistischen Forscher drückt das dahin aus, daß der Mensch von Natur aus kein Privatwirt, sondern zur Volkswirtschaft geboren ist.

Renesse zu unterschreiben, in denen ein ganz niedriger Lohn angeboten und in den meisten Fällen die 10stündige Arbeitszeit verlangt wird.

In der Frage der Arbeitszeitverkürzung, die bei den vielen Stilllegungsverhandlungen immer wieder aufgeworfen wurde, sind noch keine v. entlichen Erfolge zu verzeichnen, obwohl auch die Vertreter der Gewerbeaufsichtsämter unsere Forderungen in dankenswerter Weise unterstützten.

In Delmenhorst zahlte ein Betrieb eine laufende Monatsrente an die Enklaffen von 30 bis 100 Mk., in Hamburg ein Betrieb eine einmalige Unterstufung von 30 bis 100 Mk. pro Person, in Stade ein Betrag pro Mann und einmal 10 Mk.

In der chemischen Industrie ist die Zahl der stillgelegten Betriebe nur gering, auch der Beschäftigungsgrad war noch erträglich. Die Hüttenbetriebe arbeiteten noch voll - mit sieben Tagen in der Woche.

In der chemischen Industrie ist die Zahl der stillgelegten Betriebe nur gering, auch der Beschäftigungsgrad war noch erträglich. Die Hüttenbetriebe arbeiteten noch voll - mit sieben Tagen in der Woche.

Die Zündholzindustrie erlitt einen schweren Schlag dadurch, daß die Fabrik der GGG in Lauenburg a. d. Elbe am 14. Februar abbrannte und nach erfolgtem Wiederaufbau erst am 11. November wieder in Betrieb gesetzt werden konnte.

Die Zündholzindustrie erlitt einen schweren Schlag dadurch, daß die Fabrik der GGG in Lauenburg a. d. Elbe am 14. Februar abbrannte und nach erfolgtem Wiederaufbau erst am 11. November wieder in Betrieb gesetzt werden konnte.

Die Zündholzindustrie erlitt einen schweren Schlag dadurch, daß die Fabrik der GGG in Lauenburg a. d. Elbe am 14. Februar abbrannte und nach erfolgtem Wiederaufbau erst am 11. November wieder in Betrieb gesetzt werden konnte.

Die Zündholzindustrie erlitt einen schweren Schlag dadurch, daß die Fabrik der GGG in Lauenburg a. d. Elbe am 14. Februar abbrannte und nach erfolgtem Wiederaufbau erst am 11. November wieder in Betrieb gesetzt werden konnte.

Die Zündholzindustrie erlitt einen schweren Schlag dadurch, daß die Fabrik der GGG in Lauenburg a. d. Elbe am 14. Februar abbrannte und nach erfolgtem Wiederaufbau erst am 11. November wieder in Betrieb gesetzt werden konnte.

Die Zündholzindustrie erlitt einen schweren Schlag dadurch, daß die Fabrik der GGG in Lauenburg a. d. Elbe am 14. Februar abbrannte und nach erfolgtem Wiederaufbau erst am 11. November wieder in Betrieb gesetzt werden konnte.

Die Zündholzindustrie erlitt einen schweren Schlag dadurch, daß die Fabrik der GGG in Lauenburg a. d. Elbe am 14. Februar abbrannte und nach erfolgtem Wiederaufbau erst am 11. November wieder in Betrieb gesetzt werden konnte.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiterverband Anfang Februar 1931.

Die Arbeitslosigkeit ist im ersten Monat dieses Jahres noch weiter gestiegen. Am 31. Januar waren 4.894.000 Arbeitslose in den Listen der Arbeitsämter eingetragen, über eine halbe Million mehr als am Ende des Vormonats und um 1,7 Millionen mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Auch unsere Arbeitslosenstatistik weist eine weitere Steigerung der Arbeitslosenzahlen in unserem Verbandsgebiet auf. Im Vergleich zu der allgemeinen Steigerung der Arbeitslosigkeit, die sie die amtliche Arbeitslosenstatistik und auch die Statistik des DGB anzeigen, war die Arbeitsmarktlage für unsere Verbandsmitglieder etwas günstiger.

Die chemische Industrie zeigte ein ganz leichtes Ansteigen der Arbeitslosigkeit und auch der Kurzarbeit. In der Papierindustrie stiegen ebenfalls die Beschäftigtenzahlen für Arbeitslose, hingegen ging die Kurzarbeit zurück.

Die Gliederung der Arbeitslosenstatistik nach Bezirken läßt eine leichte Besserung des Beschäftigungsgrades in einzelnen Bezirken erkennen, so in Niedersachsen, Pommern, Thüringen und im Freistaat Sachsen.

Die Arbeitslosigkeit ist im ersten Monat dieses Jahres noch weiter gestiegen. Am 31. Januar waren 4.894.000 Arbeitslose in den Listen der Arbeitsämter eingetragen, über eine halbe Million mehr als am Ende des Vormonats und um 1,7 Millionen mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Auch unsere Arbeitslosenstatistik weist eine weitere Steigerung der Arbeitslosenzahlen in unserem Verbandsgebiet auf. Im Vergleich zu der allgemeinen Steigerung der Arbeitslosigkeit, die sie die amtliche Arbeitslosenstatistik und auch die Statistik des DGB anzeigen, war die Arbeitsmarktlage für unsere Verbandsmitglieder etwas günstiger.

Table with 6 columns: Year (1930), End of December (male, female, total), End of January (male, female, total). Rows include Fabrikarbeiterverband insgesamt and various industry groups like Chemie, Papier, Nahrungsmittel, etc.

Table titled 'arbeiten verkürzt' with 6 columns: Year (1930), End of December (male, female, total), End of January (male, female, total). Rows include Fabrikarbeiterverband insgesamt and various industry groups like Chemie, Papier, Nahrungsmittel, etc.

Arbeitsgerichten erliegt. Von diesen hatten 96 vollen Erfolg, 11 endeten durch Vergleich, 11 wurden abgewiesen und 3 wurden zurückgezogen.

Gronau-Alfeld. Am 22. Februar 1931 fand in Gronau die Generalversammlung statt. Die Versammlung ehrte das Andenken der verstorbenen Kollegen.

Salzungen. Die Bezirkszahlstelle Bad Salzungen hielt am 22. Februar 1931 in Badja ihre Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Geschäftsführers Apel ging hervor, daß die Zahlstelle trotz der schweren Wirtschaftskrisis auch im Jahre 1930 einen beachtlichen organisatorischen Aufstieg erzielen konnte.

Berichte aus den Zahlstellen. Es ging in der Jahresversammlung am 12. Februar erstattete der Geschäftsführer, Kollege Meier, den Jahresbericht. Er wies auf die Weltwirtschaftskrise hin und schilderte, wie die Arbeitslosigkeit von den Arbeitnehmern ausgeht.

Beiträge in allen Fällen geleistet werden. Darüber hinaus wird den Hilfskassierern empfohlen, dahin zu wirken, daß von den vollarbeitenden Kollegen ein höherer Beitrag als bisher geleistet wird.

Der Kollege Hoyer aus Hannover vom Hauptvorstand des Verbandes gab einen Bericht über die Lohn- und Tarifverhandlungen in der Kaliumindustrie.

Worms. Am Sonntag, dem 22. Februar 1931, tagte im Volkshaus zu Worms die Delegierten-Generalversammlung der Zahlstelle.

Die Delegierten-Generalversammlung der Zahlstelle tagte am 22. Februar 1931 im Volkshaus zu Worms. Kollege Amadori gedachte in einem ehrenden Nachruf dem im Jahre 1930 verstorbenen acht Kollegen.

Verbandsnachrichten. Ausgeschlossen wurden gemäß § 14 Ziffer 2a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle: Danzig: Felix Staker, Mitgl.-Nr. 1005188, Otto Korfinkowski, Mitgl.-Nr. S II 695391, Johann Hilberbrandt, Mitgl.-Nr. 1038709; Jagen: Gustav Stiepermann, Mitgl.-Nr. 899297; Kiel: Heinrich Schmidt, Mitgl.-Nr. 1070914; Salzigungen: Justin Reder, Mitgl.-Nr. 787880; Zeitzau: Fritz Schaper, Mitgl.-Nr. 35649; Rühl: Willmann, Mitgl.-Nr. 834686, Willi Wagner, Mitgl.-Nr. 1087090, Otto Kraus, Mitgl.-Nr. 66500, Georg Welschmidt, Mitgl.-Nr. 971907; Hamburg: Heinrich Wulff, Mitgl.-Nr. S II 712733; Ottendorf-Okrilla i. Sa.: Fritz Hanemann, Mitgl.-Nr. 238766, Gustav Förster, Mitgl.-Nr. 932676, Arno Liebster, Mitgl.-Nr. 804003.

Verbandsnachrichten. Ausgeschlossen wurden gemäß § 14 Ziffer 2a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle: Danzig: Felix Staker, Mitgl.-Nr. 1005188, Otto Korfinkowski, Mitgl.-Nr. S II 695391, Johann Hilberbrandt, Mitgl.-Nr. 1038709; Jagen: Gustav Stiepermann, Mitgl.-Nr. 899297; Kiel: Heinrich Schmidt, Mitgl.-Nr. 1070914; Salzigungen: Justin Reder, Mitgl.-Nr. 787880; Zeitzau: Fritz Schaper, Mitgl.-Nr. 35649; Rühl: Willmann, Mitgl.-Nr. 834686, Willi Wagner, Mitgl.-Nr. 1087090, Otto Kraus, Mitgl.-Nr. 66500, Georg Welschmidt, Mitgl.-Nr. 971907; Hamburg: Heinrich Wulff, Mitgl.-Nr. S II 712733; Ottendorf-Okrilla i. Sa.: Fritz Hanemann, Mitgl.-Nr. 238766, Gustav Förster, Mitgl.-Nr. 932676, Arno Liebster, Mitgl.-Nr. 804003.

Literarisches. Ein systematischer Überblick über die gesamte deutsche Sozialversicherung in Tabellenform ist neben im Verlage der Leipziger Buchdruckerei-Ges., Leipzig C. I., Langauer Straße 19/21, erschienen.

Briefkasten. E. Michas, Hamburg 15, Nagelsweg 75. Wenn Du schon 1885 Mitglied der SPD. geworden, heute aber bei der KPD bist, so hast Du damit lediglich den Beweis erbracht, daß Du sich Deiner 71 Jahre immer noch nicht weisst, was Sozialismus ist.

## Papier-Industrie

**Auch die Tapetenfabrikanten fordern Lohnabbau!**

Nachdem die ganze bürgerliche Welt, angefangen vom Betingshändler bis zum Milliarden-Kommerzienrat, von der Lohnabbauwut befallen wurde, haben auch die Tapetenfabrikanten die Lohnabgabe gekündigt. Der Api fordert einen 13prozentigen Lohnabbau. Die Forderungen der nicht unter den Reichslohntarif fallenden Unternehmer bewegen sich auf ähnlicher Höhe. Da ist es zweifellos angebracht, diese Forderungen auf ihre innere Berechtigung zu prüfen.

Vor einigen Monaten hatten sich die Tapetenfabrikanten vor einem Ausschuss des Reichswirtschaftsrats, dessen Aufgabe es war, die Preisbindungen auch im Tapetengewerbe nachzuprüfen, wegen ihrer Preispolitik zu verantworten.

Stolz und selbstbewusst erklärten die Vertreter der Unternehmerverbände, daß eine Preisermäßigung für Tapeten nur möglich sei, wenn die Löhne gesenkt würden, dann werde die Gewinnspanne der Fabrikanten vergrößert und dieser Mehrertrag werde die Fabrikanten in den Stand setzen, ihre Betriebe technisch zu vervollkommen, wodurch erst eine Preissenkung wirtschaftlich möglich werde.

O weh! Die Tapetenfabrikanten haben sich unsterblich blamiert! Die Herrschaften müßten zugeben, daß der Lohnanteil am Produktionswert nur 5 bis 10 Prozent beträgt. Daraus ergibt sich, daß selbst bei einer 10prozentigen Lohnsenkung die Produktionskosten allerhöchstens um 1/2 bis 1 Prozent gesenkt werden könnten, während umgekehrt die Kaufkraft der Tapetenarbeiter für Nahrungsmittel und andere Verbrauchsgegenstände zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft um 10 Prozent geschwächt würde.

Die Vertreter der Tapetenfabrikanten haben vor dem Reichswirtschaftsrat ferner hervorgehoben, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit nur noch 50 bis 80 Prozent der früheren Produktion auf denselben Maschinen geleistet würden, wodurch eine besondere Verteuerung der Produktion eingetreten sei. Diese Herren haben dem Reichswirtschaftsrat bewußt verschwiegen, daß in vielen Betrieben der Tapetenindustrie in gesetz- und tarifwidriger Weise seit Jahren der Achtstundentag nicht mehr eingehalten wird. Unsere im Jahre 1929 aufgenommene Arbeitszeitstatistik ergab folgendes Ergebnis: Die wöchentliche Arbeitszeit betrug in 18 Betrieben mit 1098 Arb. 48 Stunden an 6 Tagen, in 13 Betrieben mit 1042 Arbeitnehmern bis 55 Stunden an 5 Tagen, in 10 Betrieben mit 562 Arbeitnehmern bis 54 Stunden an 6 Tagen, in 4 Betrieben mit 232 Arbeitnehmern bis 60 Stunden an 6 Tagen.

Darunter befanden sich Firmen, bei denen die tägliche Arbeitszeit bis auf 11 und auf 11 1/2 Stunden pro Tag ausgedehnt wurde. Unsere Statistik ergibt, daß nur rund ein Drittel sämtlicher Tapetenarbeiter täglich 8 Stunden beschäftigt wurden. Wie unter solchen Umständen die Herren Sachverständigen der Tapetenfabrikanten dem Reichswirtschaftsrat vormachen konnten, daß durch die Arbeitszeitverkürzung die Produktion gegenüber früher bis zu 50 Prozent an den einzelnen Maschinen gesunken sei, bleibt nicht nur deren Geheimnis, sondern auch eine Gewissensfrage.

Ebenfalls vor dem Reichswirtschaftsrat haben die Herren Arbeitgebervertreter die kühne Behauptung aufgestellt, daß die Vorarbeiten vor Beginn des Druckprozesses und die Reinigungsarbeiten nach Beendigung des Druckprozesses eine Arbeitszeit von 2 1/2 Stunden beanspruchen, wodurch ein tägliche produktive Arbeitszeit von nur 5 1/2 Stunden übrigbleibe. Unsere Statistik oben beweist, daß diese Angaben über die 5 1/2stündige Druckzeit auch dann nur bedingt richtig wären, wenn der Ein- und Ausbau der Maschinen wirklich 2 1/2 Stunden beanspruchen würde.

Wir haben uns wegen dieser kühnen Behauptung mit dem Vorsitzenden des früheren Tapetenarbeiterverbandes, der jahrzehntelang Tapetendrucker gewesen ist, in Verbindung gesetzt. Und Kollege Philipp schreibt:

„Die Behauptung der Tapetenfabrikanten, daß bei einer verkürzten Arbeitszeit die Maschinen nur noch 50 bis 80 Prozent ausgenutzt werden, ist irreführend, denn es kommt in der Hauptsache darauf an, wie groß die Rollenanzahl ist, die von den einzelnen Mustern hergestellt wird.“

Für Ein- und Ausbauen eines Musters von 8 und 10 Farben braucht man allerdings 2 1/2 Stunden, aber das ist doch nicht der Durchschnitt. Die kleineren Maschinen unter 8 Farben nehmen kaum die Hälfte der Zeit in Anspruch. Zwei- und Vierfarbemaschinen können bereits nach einer halben Stunde wieder in Gang gesetzt werden. Nach meinen Erfahrungen kommt für alle Maschinen einer mittleren Größe mit 7 bis 10 Maschinen ein Leerlauf infolge Ein- und Ausbaus von einer Stunde für die Maschine und für den Tag im Durchschnitt in Betracht.

Auch diese Zeit läßt sich noch verkürzen, wenn die Tapetenfabriken dazu übergehen würden, die Parteien so zusammenzuliegen, daß dadurch ein so häufiger Musterwechsel vermieden und die einzelne Maschine besser ausgenutzt wird.“

Anfragen bei Tapetendruckern anderer Betriebe haben uns diese Angaben bestätigt. Aber selbst soweit durch Ein- oder Ausbau ein Leerlauf von 2 1/2 Stunden für den Tag zu verzeichnen ist, haben wir festgestellt, daß diese Maschinen noch nicht einmal ein Drittel der in der deutschen Tapetenfabrikation vorhandenen Druckmaschinen ausmachen. Nach unserer Statistik sind von 447 Tapetendruckmaschinen nur 104 mit acht und mehr Farben vorhanden. Diese Feststellungen beweisen, daß es die Vertreter der Unternehmer mit ihren Bekundungen vor dem Reichswirtschaftsrat nicht allzu genau genommen haben. Abgesehen von der Einwirkung der Unternehmer unfruchtbar. Gehören denn Vorbereitungsarbeiten und Reinigung nicht zur Tapetenproduktion? Werrichten die Arbeiter etwa diese Arbeiten nur zu ihrem Vergnügen oder den Unternehmern zum Schabernack? Die Herren Tapetenfabrikanten können ja anordnen: Vorbereitungsarbeiten und Reinigung haben in Zukunft zu unterbleiben!

Besonders beschämend für die deutschen Tapetenfabrikanten sind aber die Feststellungen des Reichswirtschaftsrats, der ermittelte, daß die gewöhnliche Konsumtapete vom Fabrikanten bis zum

letzten Verbraucher um 163 bis 200 Prozent und darüber verteuert wird. Diese Verteuerung ist eine Folge des Händlerschutzes, den ein großer Teil der im Verband Deutscher Tapetenfabrikanten organisierten Unternehmer dem Händlerverein garantiert.

Die Feststellung des Reichswirtschaftsrats beweist mit aller Deutlichkeit, daß die Verteuerung der Tapeten weder in der Höhe der zur Zeit bestehenden Tapetenarbeiterlöhne, noch in der gesetzlichen und tariflichen achtstündigen Arbeitszeit, sondern in der ungeheuerlichen Gewinnspanne des Tapetenhandels zu suchen ist. Infolgedessen ist die Forderung der Unternehmer nach Lohnabbau, gerade ausgedrückt, eine Ungeheuerlichkeit. Eine Verkürzung der Händlergewinnspanne um nur 10 bis 20 Prozent würde den Tapetenfabrikanten mehr als auskömmliche Preise sichern und ihnen sogar ermöglichen, der Arbeiterschaft, statt ihr Lohnkürzungen zuzumuten, eine nennenswerte Lohnzulage zu geben.

Der Unfug der Lohnabbauforderung wird von einem Teil der Tapetenfabrikanten auch richtig erkannt. Der Unternehmer einer größeren badischen Tapetenfabrik, der die Löhne gleichfalls gekündigt hatte, erklärte sich bereit, die bestehenden Löhne zunächst weiterlaufen zu lassen, und gab zu, daß der heutige schlechte Geschäftsgang in der Tapetenindustrie in der mangelnden Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten im Inlande zu suchen sei. Er bestätigte damit den volkswirtschaftlichen Irrsinn des von den Arbeitgeberverbänden gepredigten Lohnabbaues.

## Sie scheffeln Gold,

die Herren von der Chemischen Großindustrie. Die Gewinne der Unternehmungen in der chemischen Industrie waren so gewaltig, daß das Geld nicht mehr unterzubringen war und darum in neuen riesigen Anlagen im Auslande verbaut werden mußte. Die monopolartige Beherrschung des gesamten Inlands- und eines großen Teiles des Auslandsmarktes erlaubte den Chemiegewaltigen, die Verkaufspreise ihrer Fabrikzeugnisse fast nach Belieben festzusetzen. Aber das alles genügte noch nicht. Die Profitgier kennt keine Grenze nach oben, und darum muß auch noch

## der Lohn abgebaut

werden. Ohne alle Gewissenskrampel, ohne alle Bedenken soll die ohnehin schon harte Lebenshaltung der Chemieproleten, die unter Lebensgefahr und unter ständiger Gefährdung ihrer Gesundheit die märchenhaften Gewinne für die Unternehmer herauszuschöpfen, bis auf die Glendstufe hinabgeschraubt werden. Das ist kapitalistische Denkart, das ist die wahre Natur der Industriellen, die in ihren Werkszeitaltern sowie von Gemeinshaft zwischen Kapital und Arbeit reden. Steht dem rückwärtslosen Abbaun willen der Unternehmer eine unüberwindliche Abwehrfront gegenüber! Stärkt euren Verband!

Eine weltbekannte rheinische Tapetenfabrik — den Namen wollen wir zugunsten des Unternehmers nicht nennen —, die ebenfalls nicht unter den Reichstarif fällt, hatte auf Veranlassung des örtlichen Arbeitgeberverbandes den Betriebslohnabbauprotokoll gekündigt. Der Syndikus dieses Arbeitgeberverbandes, ein früherer Gewerberat, der seit Jahren im Reichsarbeitsministerium gegen die reichstatarische Regelung protestiert, war am 19. Februar zu den Verhandlungen erschienen. Der Vertreter der Firma fehlte. Die Verhandlungen konnten deshalb nicht stattfinden. Der Herr Syndikus beanstandete die angeblich hohen Löhne der Hilfsarbeiter, die auf den Stand von 1927 zurückgesetzt werden müßten. Aber ein Bestehenlassen der Facharbeiterlöhne lasse sich reden.

Die Tatsache, daß der Firmeninhaber zu den Lohnverhandlungen nicht erschienen war, veranlaßte den Betriebsratsvorsitzenden, sich mit seinem Arbeitgeber dieserhalb in Verbindung zu setzen. Hierbei erfuhr er, daß der Arbeitgeber selbst an den Lohnverhandlungen kein Interesse habe, da nach seiner Auffassung seine Arbeiter infolge Kurzarbeit schon eine beträchtliche Lohneinbuße zu verzeichnen hätten. Es wäre ihm deshalb äußerst unangenehm, an Lohnverhandlungen mitzuwirken, die einen weiteren Lohnabbau zum Ziele haben. Auf die Frage des Betriebsratsvorsitzenden, warum dann der Tarif gekündigt worden sei, erklärte dieser Arbeitgeber, er habe die Kündigung auf Verlangen von „oben“ ausgesprochen müssen. Man braucht kein Wahrsager zu sein, um festzustellen, daß dieses „oben“ der Arbeitgeberverband ist. Hieraus erhellt man wieder einmal, daß die Arbeitgeberverbände sich nicht nur für verpflichtet halten, die Parole des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände auf Lohnabbau rückwärtslos durchzuführen, sondern daß sie auch ihre Mitglieder selbst gegen deren Willen zu derartigen Lohnabbaumaßnahmen zwingen. Das hindert den Unternehmersyndikus natürlich nicht, sonst von einem „Terror der Gewerkschaften“ zu sprechen.

Vor dem Reichswirtschaftsrat gaben die Vertreter der Arbeitgeberverbände an, daß in der zweiten Hälfte des Jahres 1930 die Produktionskapazität der Betriebe nur zu 60 Prozent ausgenutzt werden konnte. Soweit der Inlandsverbrauch in Frage kommt, trägt an dieser mangelhaften Erzeugungsmöglichkeit nicht nur die stark eingeschränkte Neubautätigkeit, sondern auch der Rückgang der Renovierungsarbeiten für

Altwohnungen die Schuld. Mehr als jede andere Unternehmerrgruppe sind die Tapetenindustriellen beim Absatz ihrer Konsumtapeten auf die arbeitende Bevölkerung angewiesen. Den Hausbesitzern fällt es heute gar nicht ein, die Altbauwohnungen renovieren zu lassen. Diese Aufgabe überlassen sie ruhig den Arbeitern, Angestellten und Beamten. Ein nur 5prozentiger allgemeine Lohnabbau genügt aber vollkommen, um der Arbeitnehmerschaft die Renovierung ihrer Wohnungen unmöglich zu machen. Infolgedessen muß die heutige Lohnabbauphase zum Rückgang des Tapetenverbrauchs führen. Die Tapetenfabrikanten hätten deshalb alle Ursache diesen Lohnabbau-Unfug nicht mitzumachen, sondern mit gutem Beispiel voranzugehen und ihrer Mitwelt zu zeigen, daß jeder Lohnabbau infolge der verringerten Kaufkraft der Arbeitnehmer zu einem weiteren Absatzrückgang führen muß.

So weit denken aber anscheinend die organisierten Tapetenfabrikanten nicht. Dafür jammern sie desto mehr über die Preisbildungsmaßnahmen der sogenannten freien Fabrikanten. Diese sind zum großen Teil dazu übergegangen, auf den Zwischenhandel zu verzichten. Sie haben einige Tapetenverkaufsgeschäfte eröffnet, sparen dadurch den Händlergewinn, können der Arbeitnehmerschaft preiswerte Tapeten liefern und setzen sich nicht dem Ruf eines Schatzmachers aus, da sie infolge des ersparten Händlergewinnes ihrer Arbeiterschaft Lohnabbaumaßnahmen zuzumuten.

In der Frage der Produktionsverbilligung könnten die beiden Fabrikantenverbände wirklich bahnbrechend wirken. Es ist tatsächlich nicht notwendig, daß fast jede Tapetenfabrik die ähnlichen Muster herausbringt, deren Abweichung von den Laien fast nie erkannt wird, aber in der Produktion, da es sich immer wieder nur um kleinere Posten handelt, außerordentlich verteuert wirkt. Die Fabrikantenverbände könnten sehr wohl unter ihren Mitgliedsfirmen die marktfähigen Muster aufteilen. Der Erfolg wäre nicht nur eine erhebliche Ersparnis an Druckwalzen und Musterkarten, sondern auch eine intensivere Ausnutzung und damit höhere Produktion der einzelnen Tapetenmaschinen. Daß dabei auch in der Farbküche Ersparnisse erzielt werden können, bedarf keines Beweises. Von derartigen im Interesse der Industrie liegenden Maßnahmen wollen die Unternehmer nichts wissen. Wie bissige Hunde fallen sie als Konkurrenten übereinander her. Einig sind sie im Bellen und Beißen nur dann, wenn es sich darum dreht, die wirtschaftliche und soziale Lage ihrer Arbeitnehmer zu verschlechtern.

Nach Mitteilungen der Unternehmervertreter wurde im Jahre 1929 ein Fabriklerlös von 39 Millionen Mark erzielt. Bei einem Lohnabbau von 10 Prozent würden sich die Produktionskosten um 1 Prozent oder ganze 390.000 Mark ermäßigen. Da nach den Feststellungen des Reichswirtschaftsrats vom Fabrikanten bis zum letzten Verbraucher eine Verteuerung bis zu 200 Prozent eintritt, wobei der Händlergewinn bei den sogenannten Qualitätspapeten oftmals mehr als das Doppelte beträgt, so ergibt sich, daß der Handel im Jahre 1929 mindestens 50 Millionen Mark verdient hat, während die Fabrikanten nur 25 Millionen Mark im Inland erzielten, trotzdem sie Farben, Rohstoffe, Arbeitslöhne, Verzinsung ihres Kapitals usw. zu tragen hatten. In Anbetracht dieser Feststellung muß ausgesprochen werden, daß dem Handel die beabsichtigte Lohnkürzungssumme mit Leichtigkeit ohne dessen Gefährdung abgeklopft werden kann.

Wir müssen schon sagen, es ist erstaunlich, daß angesichts solcher Verhältnisse die Tapetenfabrikanten nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch der gesamten Öffentlichkeit gegenüber es wagen, ihre Lohnabbauforderungen in der von dem Reichswirtschaftsrat gegebenen Art und Weise zu begründen. Schlimmer kann die Lohnabbauphrase kaum noch in Mißkredit gebracht werden als durch dieses Beispiel aus der Tapetenindustrie. G. Schäfer.

## Die deutsche Papiererzeugungsindustrie im Jahre 1930.

Von G. Schäfer, Hannover.

II  
Mit einer an Hartnäckigkeit grenzenden Ausdauer haben besonders die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und die ihr angeschlossenen Arbeitgeber-Organisationen seit Jahren immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß in der Hauptsache auch die hohen Löhne an der Wirtschaftskrise die Hauptschuld tragen. Den Herrschaften gefällt es nicht, daß sie durch die Macht der Gewerkschaften gezwungen werden, die Arbeitslöhne tariflich zu vereinbaren, statt sie wie früher einfach diktieren zu können. Durch die ständige Agitation gegen die angeblich hohen Löhne ist es dem Unternehmertum gelungen, innerhalb des gesamten Bürgertums eine Lohnabbauphase hervorzurufen, der sogar die aus christlichen Gewerkschaftskreisen stammenden Minister der jetzigen Reichsregierung unterlegen sind. Systematisch versucht man auch, diese Lohnabbauphase auf die Arbeiterschaft zu übertragen. Man scheut dabei kein Mittel.

Der Deutsche Industrieschutzverband in Dresden hat sich sogar eine Abteilung unter der Bezeichnung „Verein für soziale Aufklärung“ beigelegt, die nun im Sinne des Unternehmertums Massenflugblätter herstellt, die von den einzelnen Unternehmern gekauft und vom Deutschen Industrieschutzverband an die einzelnen Arbeiter versandt werden. Man versucht durch diese sogenannte volkswirtschaftliche und soziale Aufklärung — in Wirklichkeit kapitalistische Verdrummung — die Arbeiterschaft einzufangen. Welch hanebüchene Unfug man dabei der Arbeiterschaft vorzusetzen wagt, beweist ein Flugblatt des Industrieschutzverbandes, das unter der Überschrift „Müssen die Löhne herabgesetzt werden?“ verbreitet wird. Daraus einige Sätze:

„Ganz roh gesagt, stecken in den Preisen der Waren dreierlei Posten, die zusammen den Preis ausmachen: 1. Löhne, 2. sachliche Ausgaben und 3. Gewinn des Unternehmers. Nun ist durch zahlreiche Berechnungen und Untersuchungen festgestellt worden, daß in den Unkosten für die Herstellung der Waren im Durchschnitt etwa 70 bis 80 % Löhne stecken.“

In einer Fußnote zu diesem Satz wird dann gesagt: „Eigent- lich ist der gesamte Anteil der Löhne an der Produktion noch wesentlich höher, weil ja in den Rohmaterialien und Halb- fabriката, die zur Verarbeitung kommen, auch wieder Löhne stecken.“

Nach solchen Berechnungen würden wahrscheinlich über 100 Prozent an Löhnen auf das einzelne Erzeugnis heraus- kommen. Es mag ja in Deutschland immerhin noch einige Arbeiter geben, die von Prozentrechnungen und von den einfachsten volkswirtschaftlichen Dingen nichts verstehen, der größte Teil aber dürfte ohne weiteres den volkswirtschaftlichen Unsinn dieser Behauptungen erkennen und zu bewerten wissen. Ebenso hanebüchen ist der folgende Satz: „Wenn nun in einem Staat die Löhne immer mehr ansteigen, so müssen auch die Preise steigen, und die Waren können nicht mehr verkauft werden, wenn anderswo die Löhne nicht in derselben Weise steigen.“

Prüfen wir einmal diese Frage, und zwar zunächst die

Löhne der Papierarbeiter.

Nach amtlichen Ermittlungen betragen die tariflichen Wochenlöhne für gelernte Arbeitskräfte:

Table with 3 columns: Year, Paper Industry Weekly Wage (Mark), Overall Production Industry Weekly Wage (Mark). Rows for 1926, 1927, 1928, 1929, 1930.

Diese Zusammenstellung ergibt, daß die Löhne für die gelernten Arbeiter der Papiererzeugungsindustrie weit unter dem Durchschnitt der Löhne der gelernten Arbeiter in den gesamten Produktionsmittelindustrien liegen. Dasselbe gilt für die ungelerten und jugendlichen Arbeiter sowie für die Arbeiterinnen. So sehen also in Wirklichkeit auch die von den Papiererzeugungsindustriellen behaupteten „hohen Löhne“ der Papierarbeiterschaft aus. Dabei ist noch zu beachten, daß diese Wochenlöhne nur erreicht werden können bei voller 48stündiger Arbeitszeit, während bei Kurzarbeit immerhin über 20 Prozent der deutschen Papierarbeiter mit Löhnen abgespeist werden, die unter den Sätzen der Erwerbslosen- fürsorge liegen und oftmals kaum an die Wohlfahrtsätze der Kommunen heranreichen. Es gehört deshalb schon die Dreifachigkeit deutscher Unternehmer dazu, um die Behauptung der hohen Löhne überhaupt aufzustellen.

Ein Vergleich der

Löhne des industriellen Auslandes

mit den deutschen Löhnen fällt gleichfalls zum Nachteil für die deutsche Arbeiterschaft aus. Das Internationale Arbeits- amt in Genf hat für den Monat Juli 1930 den Stand der Reallohn in den Großstädten verschiedener Staaten errechnet und seiner Berechnung die englischen Löhne mit 100 als Grundlage zugrunde gelegt. Diese internationalen Ermitt- lungen ergeben folgendes Bild:

Table comparing real wages in various countries: USA, Canada, England, Denmark, Holland, Germany, Poland, Austria.

Diese Reallohnzahlen verwendet auch ein S. zeich- nender Unternehmer in seinem Artikel über „Lohnsenkung und Preisabbau“ in Nr. 1 der „Papierzeitung“, Jahrgang 1931. Er kommt zu folgenden richtigen Schlüssen:

„Nach dieser Darstellung nähern sich die deutschen Reallohn- schon bedenklich den in Halbindustriellen- und Agrarstaaten gezahlten; unsere noch verhältnismäßig günstige Anstellungslage scheint also durch die niedrigsten Reallohn von allen Industrie- ländern erkannt zu sein. Würden nun durch noch weitere Herab- setzung der Löhne die Preise gesenkt, so könnten wir den Welt- markt mit billigen deutschen Erzeugnissen förmlich überschwemmen. Hat man schon vergessen, was in allen Ländern wegen des reichlichen Dumpings sich abgespielt hat und glaubt jemand, daß unsere Konkurrenzländer taublos zusehen würden? Man würde sofort zu den schärfsten Gegenmaßnahmen, wenn nötig sogar zu Prohibitivzöllen schreiten. Wir würden unsere Anfuhr daher kaum steigern können oder nur unter den größten Opfern. Weder den Unternehmern noch den Arbeitern würde es besser gehen, eher schlechter, weil die Kosten für Wohnung, Nahrung und Kleidung nicht so rasch wie die Löhne gesenkt werden würden und wahrscheinlich auch nicht könnten. Weitere Zerrüttung des eigenen Marktes würde wohl die Folge sein, denn es ist kaum anzunehmen, daß die durch die Senkung der Löhne und Gehälter entstehende Schwächung der Konsumkraft des größten Teils der Be- völkerung ausgleichend wird durch eine entsprechende Stärkung der Konsumkraft anderer Schichten. Wenn z. B. 10 Gehalts- empfangen infolge der Gehaltskürzung, die zwar einem anderen zugute kommen mag, nicht mehr in der Lage sind, z. B. ein Klavier zu kaufen, so würde dieser andere nicht 10 Klaviere kaufen, sondern eben nur eines.“

Wir haben dieser Beweisführung nichts hinzuzufügen. Diese Ausführungen beweisen nur die Richtigkeit der von uns stets gezeigten wirtschaftlichen Folgerungen.

Der Lohnbau in der Papiererzeugungs- industrie.

Wenn auch während der ganzen Zeit der Lohnabbau- propaganda vereinzelt solche Warnungen wirtschaftlich ver- nünftig denkender Unternehmer anstanden, so blieben diese Warnungen doch ungehört. Rücksichtslos wurden und werden mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsinstanzen und unter der obersten Leitung des christlichen Gewerkschaftsführers und jetzigen Reichsarbeitsministers Siegerwald die Löhne für die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands abgebaut und deren Konsumkraft noch weiter herabgesetzt, trotzdem die deutschen Löhne, wie die Ermittlungen des Internationalen Arbeits- amtes in Genf zeigen, unter den wichtigsten Industrieerzeugnissen bereits an letzter Stelle standen.

Diesem unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Notlage und unter staatlicher Aufsicht durchgeführten Lohnabbau ist auch die deutsche Papierarbeiterschaft nicht entgangen. Auf der ganzen Linie forderten die Unternehmer in staatlichen Verhandlungsgebieten die Herabsetzung der Löhne auf den

Stand des Jahres 1927. Man mußte also der deutschen Papierarbeiterschaft einen Lohnabbau in der Höhe von 15 bis 20 Prozent zu.

Wenn auch diese Wünsche der Unternehmer nicht voll in Erfüllung gingen, so dürfte der mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsinstanzen durchgedrückte Lohnabbau im Durch- schnitt 6 Prozent der Papierarbeiterlöhne betragen. Daß die Unternehmer sich mit diesem Lohnabbau bereits zufrieden geben, ist kaum anzunehmen. Das Verlangen nach einem kurzfristigen halbjährigen Tarifabschluß, der den Unter- nehmern von den staatlichen Schlichtungsinstanzen gleichfalls bewilligt wurde, spricht eher für das Gegenteil.

Trotz Lohnabbau keine wirtschaftliche Besserung.

Unternehmerorganisationen und Reichsregierung haben versucht, der Arbeiterschaft den Lohnabbau dadurch leichter zu machen, daß man ihr gleichzeitig den Preisabbau ver- sprach und durch beide Maßnahmen eine Belebung der Wirt- schaft glaubte hervorzaubern zu können.

In der Papiererzeugungsindustrie ist diese Voraussage jedenfalls nicht in Erfüllung gegangen. Trotz Lohnabbau und angeblichem Preisabbau sieht sich der Zentralausschuß der deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie für den Monat Januar zu folgender Meldung gezwungen:

„Der Monat Januar brachte für den Absatz keine Besserung. Die Preise haben anscheinend einen Tiefstand erreicht, der nicht mehr unterschritten werden kann, ohne daß dadurch eine Bedarfs- steigerung hervorgerufen würde.“

Die Betriebswasserhältnisse waren im allgemeinen günstig, konnten jedoch nicht ausgenutzt werden.

Die wirtschaftliche Umgestaltung zieht die gesellschaftliche nach sich.

Die erwachende Einsicht, daß die bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen unvernünftig und ungerecht sind, daß Vernunft Unsinn, Wohlstand Plage geworden, ist nur ein Anzeichen davon, daß in den Produktionsmethoden und Austauschformen in aller Stille Veränderungen vor sich gegangen sind, zu denen die auf frühere ökonomische Bedingungen zugeschnittene gesellschaftliche Ordnung nicht mehr stimmt. Damit ist zugleich gesagt, daß die Mittel zur Beseitigung der entdrückten Mißstände ebenfalls in den veränderten Produktionsverhältnissen selbst — mehr oder minder entwickelt — vorhanden sein müssen. Diese Mittel sind nicht etwa aus dem Kopfe zu erfinden, sondern vermittels des Kopfes in den vorliegenden materiellen Tatsachen der Produktion zu entdecken.

Friedrich Engels („Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.“ Verlag: J. S. W. Dieck, Berlin).

Diese Meldung bedeutet für das in der Lohnabbauhochphase befangene Unternehmertum der deutschen Papiererzeugungs- industrie eine moralische Ohrfeige. Sie bestätigt die von uns stets vertretene Auffassung, daß jeder Abbau der Löhne und Gehälter zu einer Vernichtung von Kaufkraft und damit zu einer weiteren Unterminierung des Produktionsprozesses führt. Wir glauben trotzdem nicht, daß die deutschen Papier- erzeugungsindustriellen aus diesen Feststellungen etwas lernen. Ihre volkswirtschaftliche Einstellung ist so rückständig, daß sie eben nur den Produktionsfaktor sehen und dabei die Be- deutung der Konsumkraft vollständig mißachten. Die Papier- arbeiterarbeiterschaft wird deshalb auch in kommenden Monaten erneute Kämpfe gegen die Lohnabbauforderungen der Unter- nehmer zu führen haben.

Niederschrift

über die Sitzung des Tarifamtes der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie am 24. Februar 1931 zu Berlin.

Anwesend sind 1. als Arbeitgeberseite die Herren: Diamant, Endler, Helmreich, Dr. Leopold, 2. als Arbeitnehmerseite die Herren: Lins, Räcker, Stähler, Wrede.

Vorsitz unangemeldet: Herr Diamant, Schriftführer — unan- gemeldet: Herr Lins.

I. Antrag der Gruppe Provinz Sachsen-Thüringen-Anhalt auf Verlegung der Betriebe der Firma Wiedes Papierfabrik nach Orisklasse III, Gegenantrag der Gewerkschaften auf Verlegung nach Orisklasse Ia.

Für die Arbeitgeberseite erscheinen die Herren Dr. Breyer, Porst und Roedig, für die Arbeitnehmerseite die Herren Schneider, Schöberlein und Hoffmann.

Es wird zur Sache verhandelt. Wegen Stimmengleichheit kommt ein Schiedsspruch nicht zu- stande.

II. Antrag der Gewerkschaft Magdeburg des Fabrikarbeiter- verbandes betreffend Branchenabschlag nach Buchstaben E des Tarifvertrages seitens der Firma Leipziger Wellpapierfabrik J. Roth in Dessau.

Für die Arbeitgeberseite erscheinen die Herren Dr. Breyer und Jürgens, für die Arbeitnehmerseite Herr Schneider.

Es wird zur Sache verhandelt. Die Arbeitnehmer beantragen, zu entscheiden, daß der Branchenabschlag nach Buchstaben E des Tarifvertrages nicht in Frage kommt; die Arbeitgeber beantragen das Gegenteil. Ein Spruch kommt wegen Stimmengleichheit nicht zustande.

IV. Antrag der Gewerkschaft Magdeburg des Fabrikarbeiter- verbandes betreffend Branchenabschlag nach Buchstaben E des Tarifvertrages seitens der Firma Hamburger & Fuchs, Coswig (Anhalt).

Für die Arbeitgeberseite erscheinen die Herren Dr. Breyer und Willner, für die Arbeitnehmerseite die Herren Ertlich und Lohst.

Es wird zur Sache verhandelt. Die Arbeitnehmer beantragen, zu entscheiden, daß der Branchenabschlag nach Buchstaben E des Tarifvertrages nicht in Frage kommt; die Arbeitgeber beantragen das Gegenteil. Ein Spruch kommt wegen Stimmengleichheit nicht zustande.

V. Antrag der Gewerkschaft Magdeburg des Fabrikarbeiter- verbandes auf Verlegung der Firma Hamburger & Fuchs nach Orisklasse Ia; Antrag der Gruppe auf Verlegung der Firma nach Orisklasse II.

Für die Arbeitgeberseite erscheint Herr Willner, für die Arbeitnehmerseite die Herren Ertlich und Lohst. Auf Antrag des Herrn Willner wird der Punkt vertagt.

Nahrungsmittel-Industrie

Die deutsche Margarineindustrie im Jahre 1930.

Die deutsche Margarineindustrie hat ihre Produktion der Vorkriegszeit weit überholt. Im Jahre 1913 wurden zirka 200 000 Tonnen Margarine erzeugt. In den ersten Nach- kriegsjahren stieg die Produktion bis auf 480 000 Tonnen. Sie ging dann vorübergehend zurück und ist in den letzten Jahren wieder auf 480 000 Tonnen gestiegen. In den letzten drei Jahren blieb die Produktion stabil. Der Margarine- verbrauch hat in Deutschland eine solche Höhe erreicht, daß eine weitere erhebliche Steigerung zunächst nicht zu erwarten ist. Ein Rückgang bei der Produktion dürfte aber 1930 auch nicht eingetreten sein; der Absatz der billigen Margarinearten ist bei der schlechten Wirtschaftslage wahrscheinlich gestiegen.

Bei der Rohstoffverförgung wird die Margarineindustrie immer mehr von der Blöndustrie abhängig. In den letzten Jahren ist das Tranhartfett bei der Margarineerzeugung als Rohstoff in größerem Umfange verwandt worden. Nach einer Feststellung der „Margarine-Industrie“ wurden zur Mar- garineherstellung in den verschiedensten Zeitabschnitten fol- gende Rohstoffe verwendet:

Table showing raw material usage: Tierische Fette (Animal Fats) and Pflanzenfette (Vegetable Fats) in 1899, 1913, and 1928.

Nach Feststellungen des Enquete-Ausschusses sind 1913 bei einer Margarineproduktion von rund 200 000 Tonnen rund 80 000 Tonnen Pflanzenfette und 90 000 Tonnen tierische Fette verbraucht. Im Jahre 1928 wurden bei einer Produktion von 480 000 Tonnen rund 22 900 Tonnen tierische Fette, 64 500 Tonnen Tranfett und 317 500 Tonnen Pflanzenfette verarbeitet. Der Tierfettverbrauch ist also in den letzten Jahren sehr stark zurückgetreten, während der Verbrauch pflanzlicher Fette dauernd gestiegen ist. Daneben ist in den letzten Jahren der Tranfettverbrauch in größerem Umfange hervorgetreten. Die deutsche Transeinfuhr stieg im Jahre 1930 um 447 689 Doppelzentner oder um rund 37 Prozent. Ein erheblicher Teil von dieser Mehreinfuhr dürfte zur Mar- garineherstellung verbraucht sein. Der Anteil des Tranhart- fettes wäre demnach im Jahre 1930 höher als 1928.

Die starke Zurückdrängung des tierischen Fettverbrauches in der Margarineindustrie hatte zur Folge, daß die deutschen Feintalgsmelzen eine zwangsweise Verwendung von deutschen tierischen Fetten zur Margarineerzeugung fordern. Die Verordnung vom 1. Dezember 1930 sieht dement- sprechende Maßnahmen vor. Margarineindustrie und Fein- talgsmelzen haben sich freiwillig dahingehend geeinigt, daß die Margarineindustrie jährlich mindestens 8000 Tonnen in- ländischen Premierjus („erster Saft“ und das ist in diesem Falle „Rinderfalg“, dessen Verwendung durch Gesetz [Recht- Jus] vorwiegend angeordnet ist. Die Red.) verwendet. Ein zwangsweiser Eingriff wird daher nicht erforderlich sein.

Die Preise für die Rohstoffe zur Margarineerzeugung sind in den letzten Jahren dauernd gesunken. Ein Vergleich bei den Preisnotierungen für einige Rohstoffe ergibt für die ver- schiedenen Jahre folgende Jahresdurchschnittszahlen:

Table of domestic and foreign price quotations for various oils and fats in 1925, 1926, 1927, 1929, and 1930.

Für Preisnotierungen bei einigen Rohstoffen ist Rotterdam aus- schlaggebend. Oleomargarin, Neutrallard und Premier- jus wurden bislang fast nur vom Auslande bezogen. Bei den übrigen Rohstoffen decken sich die inländischen Preis- notierungen in der Preisbewegung mit den ausländischen Notierungen. Beide zeigen eine stark abnehmende Tendenz in den letzten Jahren im Jahresdurchschnitt.

Die Preise für Margarine sind nach Angabe der Arbeit- geber in den letzten Jahren gesunken. Man sagt, daß Mar- garine gegenwärtig billiger zu kaufen sei als in der Vor- kriegszeit. Nach dem Urteil der Großabnehmer und im Kleiverkauf stehen gute Margarinearten immer noch 10 Prozent über dem Vorkriegspreis. Bei den billigen Sorten, die unter Vorkriegspreis angeboten werden, handelt es sich wohl um eine Qualität, die wir früher überhaupt nicht kannten. Durch Verordnung vom 16. Januar 1931 ist be- stimmt, daß Waren, die den Markenschutz genießen, im Preise zu senken sind. Die Margarineindustrie wird also gezwungen sein, ihre geschätzten Marken im Preise herabzusetzen. Ange-

kündigt ist, daß dadurch die Preise für die billigen Margarine-

Die Bedeutung der Margarineindustrie für die deutsche Fettversorgung hat in den letzten Jahren zugenommen.

Pro-Kopf-Verbrauch an Butter, Margarine und Schmalz 1913 und 1925 bis 1929.

Table with 5 columns: Jahr, Butter in kg, Margarine in kg, Schmalz in kg, Gesamtverbrauch in kg. Rows for years 1913, 1925, 1926, 1927, 1928, 1929.

Der Fettverbrauch pro Kopf der Bevölkerung ist also insgesamt erheblich gestiegen. An dieser Steigerung ist die Margarine in erster Linie beteiligt.

Die Kapitalkonzentration in der Margarineindustrie ist im Jahre 1930 weiter befestigt worden. Nach dem vollzogenen Zusammenschluß der Konzerne Jürgens und Prinzen

Table with 3 columns: Name, Capital in £, Capital in Mk. Rows include Unilever Ltd., Lever Brothers Ltd., Jürgens Ltd., van den Bergh Ltd., Anton Jürgens Verein., Fabrikeken van den Berghs, and Sovema.

Eine riesige Kapitalmacht ist hier in einer Hand vereinigt. In Deutschland beherrscht die Unilever rund 75 Prozent der Margarineerzeugung und 50 Prozent der Blierzzeugung.

Wie steht es nun um die Arbeiterschaft? Der Zusammenschluß zu der Unilever hat eine weitere Ausnutzung der technischen Verbesserungen und Erfahrungen mit sich gebracht.

Table with 3 columns: Jahr, Beschäftigte, Margarine-Erzeugung in t pro Jahr. Rows for years 1913, 1922, 1923, 1926, 1929, 1930.

Die Zahlen für 1913 sind Schätzungen des Margarineverbandes. Die Zahlen für die übrigen Jahre sind Erhebungen von uns. In einigen Jahren sind ab und zu einige Kleinbetriebe nicht mit erfasst.

Seit Beginn des Jahres 1931 wird in vielen Betrieben verkürzt gearbeitet, zum Teil nur fünf Tage in der Woche.

bisheriger Höhe in den Betrieben zu halten und eventuell noch neue Arbeitskräfte einzustellen. Dann würde die Arbeiterschaft die Opfer, die ihnen die Kurzarbeit auferlegt, wenigstens in dem Bewußtsein bringen, den Arbeitsmarkt zu entlasten.

Verschiedene Industrien

Die Spielwarenindustrie vor dem Enquete-Ausschuß.

Die Eigenart der Betriebs- und Unternehmungsorganisation der Spielwarenindustrie hat eine durchgreifende Rationalisierung der Spielwarenproduktion bisher verhindert.

Die Entwicklung treibt dem Sozialismus zu.

Gesellschaftliche Verbände von internationalem Umfange schießen schon heute aus dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auf.

Paul Kampfmeyer, Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturgeschichte. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Wenn demgegenüber die deutsche Produktion durch die Vielgestaltigkeit der Sortimente gekennzeichnet ist, so äußert sich darin nicht nur der stark individualistische Geschmack des inneren Marktes.

Table with 4 columns: Gewerbezweig, Anzahl der Motorenbetriebe, Leistung d. j. Antrieb von Arbeitsmaschinen, PS-Leistung. Rows include Metallspielwaren, Spielwaren aus Holz, Puppen, Stoffspielwaren, Papierspielwaren, Glaspielwaren, Schiffsbaumgummi, and Sonstige Spielwaren.

Bis heute fehlt so in den meisten Zweigen der Absatzraum für eine rationelle Massenproduktion.

Hemmungen liegen auch in der Überlegung der Industrie, vor allem des Hausgewerbes. Diese Tassachen ermöglichen der Verlagsproduktion Löhne und Arbeitszeiten, die einen erfolgreichen Wettbewerb des Fabriksystems und damit die Durchsetzung rationaler Produktionsmethoden in vielen Zweigen ausschließen.

Die weitaus größte Anzahl von Motoren wird in der Holzspielwarenbranche verwendet, ihr folgt die Metallspielwaren- und als nächste die Puppenbranche.

Table with 4 columns: Jahr, Anzahl der Motorenbetriebe, Gesamtantriebsleistung in PS, Leistung der Elektromotoren in PS, Leistung pro Kopf der Beschäftigten in PS. Rows for years 1907 and 1925.

Spielwarenindustrie beschäftigte Person entfielen 1925 doppelt soviel PS wie 1907.

Über die Einwirkung der Mechanisierung und sonstigen Rationalisierungen auf die Leistungssteigerung macht eine Metallspielwarenfabrik Angaben, aus welcher zu ersehen ist, daß einer Erhöhung des Umsatzwertes um rund 43 Prozent eine Verminderung der Arbeiter um etwa 12 Prozent gegenübersteht.

Weitere Angaben über die Entwicklung von Arbeiterzahl und Produktionsgröße liefern zwei Firmen der Zelluloidspielwarenbranche, und zwar wie folgt:

Table with 4 columns: Firma, Jahr, Arbeiterzahl (1907=100), % Entwicklung (1907=100). Rows for Firma A and Firma B for years 1907, 1913, 1927, 1928.

Zusammengefasst kann gesagt werden, daß für fortschreitende Rationalisierung in der Spielwarenindustrie bei solchen Produktionsgruppen Raum war, wo das Helmarbeiterelement nicht vorhanden oder wo es sich um Verarbeitung von Naturrohstoffen, handelt, zum Teil Holzverarbeitung.

S. Eiflein.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die Gewerkschaften beim Reichspräsidenten.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen Angestelltenbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Verbände sind unter Führung von Theodor Leipart am 26. Februar beim Reichspräsidenten vorstellig geworden.

Spalter.

„Der Rote Beobachter von Weithain“, die RSD.-Zeitung, bringt in der Nr. 4 vom Dezember 1930 folgenden frühzeitigen Fastnachtsheft:

„Das Kapital geht in ganz Deutschland nun organisierten Angriff auf die Rechte der Arbeiter vor. Hier hilft nur die geschlossene Front aller Werktätigen. Aber in einer solchen Zeit spalten die Gewerkschaftsführer das Proletariat in zwei Lager, in Organisierte und Unorganisierte. Schafft die Einheitsfront unter Führung der RSD.“

Wenn der Mann des schamlosen Beobachters im Ernst geschrieben hat, dann muß er in eine Anstalt, bevor es zu spät ist. Er leidet an der fixen Idee, die RSD-Diskussionsklubs seien in den sechziger, siebziger und so weiter Jahren gegründet worden, die freien Gewerkschaften dagegen im Jahre 1930. Armer, bedauernswerter Mann!

Internationale Arbeiterbewegung.

Die tschechoslowakischen freien Gewerkschaften im Jahre 1929.

Nach dem Bericht der Septemberrunde des Hauptorgans der tschechoslowakischen Gewerkschaftszentrale gehörten der freien Landeszentrale Ende des Jahres 1929 67 Verbände mit 559 522 Mitgliedern an (Ende des Jahres 1928 71 Verbände mit 552 905 Mitgliedern).

Die Einnahmen betrugen 86 670 816 Kronen, die Ausgaben 78 574 941 Kronen, der Vermögensbestand 101 766 208 Kronen. Die Bilanzsummen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahre um 8 bis 14 Prozent.

Die freien Gewerkschaften haben 99 Zeitschriften heraus, hiervon 12 Wochen- und 16 Halbmonatsblätter (die übrigen wurden in längeren Zeiträumen veröffentlicht).

Literarisches.

Sermann Walter-Franke: Die November-Revolution. Erinnerungen. Zweite, durchgesehene Auflage. 31. bis 32. Januar 1931. Zynopolische, Leipzig. 3 Bände. 238 Seiten. Preis 5,50 Mk. Verlag: Der Arbeiter, Berlin SW 61, Preis 5,50 Mk. Hermann Walter führt seine Revolutionserinnerungen von vornherein mit der Bemerkung ein, daß sich nach dem Scheitern der deutschen Revolution von 1918 merkt, sondern für den tschechoslowakischen Arbeiter eine Quelle sein soll.

Dr. Fritz Gerthmann: Eine große Lebensführung. Betrachtung und Aufklärung. Berlin 1930, 1. bis 10. Auflage. Verlag: Zentralverlag der Arbeiter (D. Urban), Berlin SO 36, Oranienstraße 40/41, 92 Seiten. Großhandelspreis 2,40 Mk. Dr. Fritz Gerthmann, Rektor an der Universität München, nimmt in dieser Schrift Stellung zur Selbstbeurteilung des tschechoslowakischen Arbeiterbewegens in der Revolution von 1918. Die Schrift ist gleichzeitig eine Einführung in die Ergebnisse der modernen Seelenkunde. Durch ihre sachliche Einseitigkeit und durch die starke Betonung der Werte des Gewerkschaftslebens und der Arbeiterbewegung ist die Schrift geradezu ein Meilenstein.

